

Eigentlich müsste sich Konsumdeutschland im Freudentaumel befinden: Die Inflation lag im März bei 2,2 Prozent; das ist nach dem Statistischen Bundesamt der niedrigste Wert seit April 2021. Auch die Preise für Lebensmittel sind im Vergleich zum Vorjahresmonat gesunken. Allerdings ist das Niveau nach wie vor hoch: Nahrungsmittel kosteten im März 30 Prozent mehr als noch vor drei Jahren – ein Grund für Sparfische, weiterhin sparsam zu sein. Wie lässt sich also der Geldbeutel im Supermarkt schonen?

Das wohl größte Einsparpotential bieten die Eigenmarken der Supermarktketten. „Im Durchschnitt lässt sich dadurch 46 Prozent sparen“, sagt Sven Reuter. Er ist Chef der Onlineplattform Snnhagle, auf der Preise verglichen werden. Während Marken von einem einzigen Hersteller, etwa Coca-Cola, stammen, können Eigenmarken, auch No-Name-Produkte, Hersteller- oder Handelsmarken, von verschiedenen Herstellern sein, die Einzelhandelsketten beauftragen. Was Reuter betont: „Die Preissteigerung geht zwar zurück, aber das spüren viele im Supermarkt noch nicht.“

Für die F.A.Z. hat Snnhagle Mitte Februar viele No-Name-Produkte und Markenartikel miteinander verglichen. Dabei wertet die Plattform mithilfe von Künstlicher Intelligenz Kassensbons aus. Die Preisunterschiede sind zum Teil enorm: Wer statt eines Mozzarella von Galbani zu einer Eigenmarke greift, kann bis zu 8,80 Euro oder 55 Prozent sparen. Bei einem No-Name-Kaffee sind es im Vergleich zu Jacobs Kaffee Krönung Klassisch 7 Euro Ersparnis oder 47 Prozent. Auch beim Kauf von Paprikachips (minus 7,82 Euro oder 59 Prozent) und Penne Rigate (minus 2,60 Euro oder 62 Prozent) kann der Geldbeutel geschont werden.

Was Auswertungen der Stiftung Warentest zeigen: Auf Qualität müssen Verbraucher beim Griff zu Eigenmarken kaum verzichten. Dabei nahmen die Tester über 1400 Produkte zwischen Juli 2018 und November 2022 unter die Lupe. Mit einer Durchschnittsnote von 2,8 schlossen die Marken nur geringfügig besser ab als No-Name-Produkte. Wenn es im direkten Produktvergleich darum ging, den ersten Platz abzuräumen, konnten sich No-Name-Produkte immerhin in 29 Prozent der Tests durchsetzen. Bio-Marken und Bio-No-Name-Produkte schnitten etwa gleich gut ab.

Neben der Qualität ist für viele ebenso der Geschmack entscheidend. „Hier schneiden Marken im Durchschnitt besser ab“, sagt Ina Bock von der Stiftung Warentest, die an der Auswertung beteiligt war. Ihre Empfehlung lautet: Wer Geld sparen will, sollte zu Eigenmarken der Supermarktketten greifen. Was sie zugleich betont: „Die Hersteller von Markenartikeln investieren viel Geld in Marketing und Innovation und probieren neue Dinge aus.“ Das rechtfertigt zumindest teilweise die höheren Preise.

Eigenmarken sind aber längst nicht das einzige Mittel für Sparfische. Verbraucherschützer warnen schon seit Jahren vor Mogelpackungen: Hersteller reduzieren die Menge bei gleich bleibenden oder sogar steigenden Preisen. Dieses Phänomen wird auch Shrinkflation genannt. Die Verbraucherzentrale Hamburg führt dazu



Großes Sparpotential: Für Obst und Gemüse mussten Kunden in den vergangenen Jahren draufzahlen.

Foto dpa

Wie sich im Supermarkt Geld sparen lässt

Während die Inflation hierzulande gesunken ist, verteuern sich einige Lebensmittel immer noch deutlich. Mit diesen Tipps kann man den Geldbeutel dennoch schonen.

Von Felix Schwarz, Frankfurt

eine Liste, die freilich nicht alle Mogelpackungen erfassen kann, aber dafür regelmäßig aktualisiert wird.

Der Preisaufschlag von Oryza Milchreis betrug im März 63 Prozent, genauso wie für Oreo Stieleis. Davon betroffen sind fast alle Hersteller und Produkte. „Vor ein paar Jahren fielen vor allem Produkte von Markenherstellern durch Shrinkflation auf“, sagt Bock von der Stiftung Warentest. Mittlerweile treffe dies auch auf Eigenmarken zu. Deswegen empfiehlt es sich, während des Einkaufs ebenso auf die Menge statt nur auf den Preis zu achten.

Sandra Panzer-Ludvik von der Verbraucherzentrale Niedersachsen warnt nicht vor der Shrinkflation, sondern auch vor Skimpflation: wenn Hersteller etwa die Rezeptur verändern und dadurch die Qualität leidet. Beispiele sind weniger Öl in

der Margarine, Zucker statt Honig oder einfach mehr Wasser. Das Problem: Sowohl für Verbraucher als auch Verbraucherschützer ist das kaum zu erkennen. Deswegen setzt sich Panzer-Ludvik hier für mehr Transparenz ein.

Die Verbraucherschützerin hat noch weitere Tipps parat. Das klingt banal, kann aber einen großen Unterschied machen: „Gehen Sie auf keinen Fall hungrig essen“, sagt Panzer-Ludvik. Außerdem lassen sich bestimmte Produkte ohne großen Qualitäts- und Geschmacksunterschied ersetzen: Linsen statt Hackfleisch in der Bolognese, Sonnenblumenöl statt Olivenöl oder Weizenmehl statt Roggenmehl.

Mehr noch: Vor allem bei Obst und Gemüse lohnt es sich, auf die Jahreszeiten zu achten. Oft kostenlos im Internet erhältliche Saisonkalender zum Ausdrucken in-

formieren darüber, welches Obst und Gemüse gerade geerntet wird. Sparen lässt sich auch mit Lagerware: Damit ist in diesem Fall deutsches Obst und Gemüse gemeint, das über eine längere Zeit eingelagert werden kann, zum Beispiel Karotten.

Auch wer auf eine eigene Lagerung setzt, schont den Geldbeutel: Obst und Gemüse eignen sich oft dafür. Gemüse lässt sich auch noch einkochen, sauerlegen oder einfach in der Tiefkühltruhe einfrieren. Wer auf krummes Gemüse und Obst zurückgreift, kann ebenfalls viel Geld sparen. Was ebenso großes Potential bietet: Zum Beispiel in Facebook- und Whatsapp-Gruppen ist es möglich, überschüssige Nahrungsmittel anzubieten oder danach zu fragen. Die Spartipps zeigen: Verbraucher sind der Inflation keineswegs ausgeliefert. (Kommentar Seite 22.)

Umstrittene Umstrukturierung bringt EY juristischen Ärger

Wirecard-Opfer fürchten um mögliche Ansprüche

mfe./mj. FRANKFURT. Die Umstrukturierung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY (Ernst & Young) könnte ein juristisches Nachspiel haben. Denn Wirecard-Geschädigte fürchten, dass sie durch den gesellschaftsrechtlichen Umbau Ansprüche auf Schadenersatz verlieren könnten. Daher hat die Rechtsanwaltskanzlei Schirp & Partner Betroffene aufgerufen, von EY eine Sicherheit in Form einer Bankbürgschaft, einer Hinterlegung oder in gleichwertiger Form zu verlangen. Rechtsanwalt Wolfgang Schirp rechnet allein für seine Mandanten mit 350 bis 400 Millionen Euro Schaden inklusive Zinsen und Rechtskosten. EY sieht das anders und kontert: Die vermeintlichen Ansprüche der Wirecard-Anleger gegen EY seien sofort einklagbar und schon in Milliardenhöhe eingeklagt: „Ein Anspruch auf Sicherheitsleistung scheidet daher aus“, teilt ein Unternehmenssprecher mit.

In einer aktuellen Kundenpräsentation bezeichnen die Anlegeranwälte von Schirp die EY-Umwandlung als Flucht vor Verantwortung und sprechen von einer wesentlichen Reduzierung der Haftungsmasse. Wie Ende Februar bekannt wurde, hat EY mit Wirkung zum 1. Februar seine Rechtsform in eine GmbH & Co. KG umgewandelt. Die Geschäftsbereiche Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Unternehmensberatung sowie Strategie- und Transaktionsberatung wurden dadurch zu rechtlich selbständigen Gesellschaften. Diese bildeten zunächst gemeinsam die neue GmbH & Co. KG. Kurz darauf sind jedoch die Steuerberatung, die Unternehmensberatung sowie die Strategie- und Transaktionsberatung aus der gemeinsamen Gesellschaft ausgegliedert, während die Wirtschaftsprüfung zurückblieb. Über diesen zweiten Schritt der Umwandlung hatte die F.A.Z. am 16. März exklusiv berichtet. Laut EY hat die Umwandlung keine Auswirkungen auf Haftungsrisiken, weder für bestehende noch für abgeschlossene Mandate oder laufende Zivilverfahren.

Trotzdem sind nicht nur Anwälte von Privatanzlegern beunruhigt. Auch Vertreter institutioneller Wirecard-Aktionäre schauen kritisch auf die Umwandlung von EY und sehen darin eine Gefahr für die Durchsetzung ihrer Schadenersatzforderungen gegen die Wirtschaftsprüfung, die für den im Jahr 2020 insolvent gegangenen Zahlungsabwickler Wirecard zuständig war. So bestehe die Möglichkeit, dass EY „eine leere Hülle ohne operative Geschäfte und Vermögenswerte“ werde, wird Klärgvertreter Joachim Lehnardt von der Kanzlei Quinn Emanuel in einem Bericht der „Financial Times“ zitiert.

Da Forderungen von Gläubigern und geschädigten Anlegern gegen Wirecard um ein Vielfaches höher sind als die zu erwartende Insolvenzmasse, versuchen vor allem Banken und institutionelle Anleger, die Wirtschaftsprüfer von EY Deutschland in Regress zu nehmen. So reichte die Commerzbank, die sich bei Vergabe einer Kreditlinie von 200 Millionen Euro an Wirecard auf das Testat von EY verlassen hatte, schon Anfang 2023 eine Klage ein. Weitere institutionelle Investoren, die von Quinn Emanuel vertreten werden, sorgen sich ebenfalls um Durchsetzung ihrer Ansprüche.

Gemessen an der Höhe der Forderung von 1,5 Milliarden Euro dürfte jedoch die Klage des Insolvenzverwalters die größte Bedrohung für die Big-Four-Gesellschaft sein. Jaffé sah sich im Dezember 2023 zu diesem Schritt genötigt, nachdem laut seinem jüngsten Sachstandsbericht an den Gläubigerausschuss zuvor Gespräche über einen Vergleich mit EY gescheitert waren.

Zudem muss sich die Beratungsgesellschaft voraussichtlich von Herbst an auf ein Musterverfahren vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht einstellen. Nach Auskunft eines Justizsprechers sind 4100 Klagen bis zur Entscheidung des Musterprozesses ausgesetzt. In 3800 Fällen machen die Kläger Ansprüche gegen EY geltend. Die Höhe der Forderungen summieren sich auf mehr als 440 Millionen Euro.

Untersuchung gegen Elon Musk

Besitzer von X legt sich mit Brasiliens Justiz an

tjb. SÃO PAULO. Der brasilianische Verfassungsrichter Alexandre de Moraes hat eine Untersuchung gegen Elon Musk eingeleitet. Dem amerikanischen Unternehmer und Besitzer der Social-Media-Plattform X wird Behinderung der Justiz vorgeworfen. Auch der Vorwurf der Anstiftung zu Straftaten wird geprüft. Zudem wurde Musk in die Ermittlungen gegen „digitale Milizen“ einbezogen, denen vorgeworfen wird, systematisch Falschinformationen und Hassbotschaften verbreitet zu haben. Moraes ist der zuständige Richter für die Ermittlungen. Er leitet auch die Untersuchungen im Zusammenhang mit einem mutmaßlichen Putschversuch des früheren brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro.

Musk hatte am Samstag zuvor die Entscheidung von Moraes hinterfragt, der die Sperrung mehrerer X-Konten in Brasilien angeordnet hatte. Musk sagte, dass X alle Beschränkungen aufheben werde, da sie verfassungswidrig seien, und forderte Moraes überdies zum Rücktritt auf. Musk beschuldigte Moraes in einem Beitrag auf X, „dreist und wiederholt“ die Verfassung und das Volk Brasiliens verraten zu haben. „Dieser Richter hat massive Geldstrafen verhängt, mit der Verhaftung unserer Mitarbeiter droht und den Zugang zu X in Brasilien abgeschnitten“, schrieb Musk. X werde deswegen wahrscheinlich alle Einnahmen in Brasilien verlieren und das dortige Büro schließen müssen. „Aber Prinzipien sind wichtiger als Profit.“ Bei den besagten gesperrten X-Konten handelt es sich

um die Profile einer Reihe von Personen und „Influencer“ aus dem politischen Dunstkreis des rechtsnationalen früheren Präsidenten Jair Bolsonaro, gegen die ermittelt wird.

„X hat es zugelassen, eine schon erlassene gerichtliche Anordnung zu missachten, einschließlich der Reaktivierung von Profilen, die von diesem Obersten Gericht gesperrt wurden“, sagte Moraes in seiner Begründung. Das Verhalten von X stelle theoretisch nicht nur einen Missbrauch ökonomischer Macht dar, indem versucht werde, die öffentliche Meinung illegal zu beeinflussen, sondern auch eine eklatante Anstiftung und Aufforderung zur Aufrechterhaltung verschiedener krimineller Verhaltensweisen, die von digitalen Milizen praktiziert wurden, hielt Moraes fest. Sein Kampf gegen Fake News hat ihn zu einem Feind des Bolsonaro-Lagers gemacht, das ihm Zensur und diktatorisches Verhalten vorwirft.

X droht nun eine Strafe von rund 20.000 Dollar je Tag und Profil für die Missachtung der gerichtlichen Anordnung. Die besagten Profile sind seit Montag wieder gesperrt. In anderen Ländern, darunter auch in Deutschland, hat X sich in vergleichbaren Situationen dem Druck der Behörden gebeugt. Ob Musk nun in Brasilien auf Ganze geht und eine Sperrung der Plattform zu riskieren bereit ist, bleibt abzuwarten. Immerhin hat X mehr als 21 Millionen Nutzer in Brasilien, was der sechsthöchsten Nutzerzahl auf der Welt entspricht.

„Manipulative Kaufanreize“ Schwere Vorwürfe gegen Onlinemarktplatz Temu

dpa./fesc. BERLIN/FRANKFURT. Die Bundesregierung pocht auf ein konsequentes Vorgehen gegen den chinesischen Onlinemarktplatz Temu wegen des Vorwurfs manipulativer Kaufanreize. „Spiele, Glücksräder, Rabatt-Countdowns etc. suggerieren ungläubige Rabatte und Schnäppchen“, sagte Verbraucherschutz-Staatssekretärin Christiane Rohleder der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Temu setzt ständig neue Kaufanreize.“

Temu lockt nicht nur mit zeitlich begrenzten Angeboten, sondern auch durch Push-Nachrichten mit personalisierter Werbung, was eigentlich die Gefahr birgt, Kunden zu verprellen. Diese Reizüberflutung scheint die Verbraucher aber nicht vom Kaufen abzuhalten.

Auf dem chinesischen Markt geht diese Strategie schon seit längerer Zeit auf. Nun wendet Temu genauso wie die Modeplattform Shein die Prinzipien des chinesischen Onlineshoppings in anderen Ländern an: Niedrigpreise gepaart mit Reizüberflutung, die im Stress untergeht.

Mercedes-Werk blockiert

dpa-AFX. BERLIN. Klimaaktivisten haben am Montag die Bahnverbindung des Mercedes-Werks in Bremen blockiert. Sie ketten sich zum Teil an den Gleisen fest, teilte ein Sprecher der Polizei mit. Nach fast sieben Stunden konnten die Ermittler die Blockade beenden. Vier Menschen besetzten ab 6.20 Uhr die Zufahrt zu dem Gelände, um Autotransporter zu stoppen. Die Polizei sperrte zeitweise auch die Bahnstrecke zwischen Hannover und Bremen.

„Das war eine prophylaktische Maßnahme“, sagte ein Sprecher der Polizei. Die Ermittler befürchteten, dass sich weitere Aktivisten in der Nähe der Schienen aufhalten könnten. Kurz vor acht Uhr führen die Regionalzüge wieder, Reisende mussten aber weiter mit Verspätungen rechnen. Die Blockade auf den Schienen zu Mercedes wurde gegen 13 Uhr aufgelöst.

Parallel zu der Aktion stiegen zwei Vermummte mit Klettergeschirrh auf ein Gebäudevordach des Autoherstellers, wie die Polizei weiter mitteilte. Sie rollten ein Plakat aus. Die beiden Aktivisten seilten sich dann wieder ab. Alle sechs mussten vorübergehend mit zur Wache.

Die Produktion im Werk Bremen und die Fahrzeugauslieferung im Kundencentre waren nach Angaben des Autoherstellers nicht beeinträchtigt. „Friedlicher Protest ist legitim“, teilte eine Unternehmenssprecherin mit. „Wir verurteilen jedoch Aktionen, bei denen Menschen gefährdet oder Sachen beschädigt werden.“ Gegenüber dem Gelände ließen sich auf einem Gehweg vier weitere Aktivisten nieder. Sie führten laut Polizei eine eigene Versammlung durch, die sie als „Aktionstag gegen Tesla“ deklarierten. Das Quartett saß dort mit Campingstühlen und einem Campingtisch. Die Initiative „Disrupt Now“ bekannte sich zu dem Protest.

STANDPUNKT

Transformationspolitik statt Entlassungswelle

Von Enzo Weber

Entlassungswelle – wer derzeit die Nachrichten von Großkonzernen liest, gewinnt den Eindruck, die Beschäftigung würde regelrecht einbrechen. In der Tat, Deutschland hängt in einem Wirtschaftsabschwung fest, und auch am Arbeitsmarkt ist diese Entwicklung angekommen. Mit der Energiekrise sind die Wechsel aus Jobs in Arbeitslosigkeit über das vergangene Jahr gestiegen. Aber: Es geht um einen moderaten Anstieg, und das Niveau liegt weiterhin niedriger als vor Corona. Tatsächlich zeichnen wir noch immer die nach 2022 zweitgeringste Entlassungsquote seit dem Wirtschaftswunder. Das hat auch einen Grund: Arbeitskräfte sind so knapp geworden, dass die Betriebe ihre Beschäftigten nach Möglichkeit an Bord halten.

Dementsprechend hat auch die Beschäftigung bis zuletzt weiter zugenommen – inmitten eines Wirtschaftsabschwungs. Allerdings wurde die Entwicklung über das vergangene Jahr gedämpft, die Beschäftigung steigt also nicht mehr so stark wie zuvor. Im Bau, Handel und verarbeitenden Gewerbe geht es mittlerweile nach unten, wenn auch nur leicht. Die eigentliche Herausforderung ist nicht eine Entlassungswelle, sondern eine tiefgreifende wirtschaftliche Transformation. Diese Transformation bringt außergewöhnliche Chancen mit sich, auf neue Geschäftsmodelle, Innovationen und Technologieanwendungen. Wenn hochwertige Stellen in Deutschland weiterentwickelt und neue etabliert werden sollen, müssen neue Geschäftsfelder besetzt und Umbrüche initiiert werden. Es geht also um Investitionsförderung und Technologieentwicklung.

Der Knackpunkt ist: Welche Impulse lassen sich in dieser Legislatur konkret noch setzen, also unter den gegebenen finanziellen und politischen Bedingungen? Das Haushaltsurteil des Bundesver-

fassungsgerichts und die Richtungsdebatten in der Ampelkoalition setzen hier die Anforderungen.

Eine entschiedene Investitionsförderung wäre für einen transformationsorientierten Wirtschaftsaufschwung ein zentraler Faktor. Offensichtlich sind zusätzliche Maßnahmen aber durch den Finanzrahmen begrenzt, seit dem Verfassungsgerichts Urteil mehr denn je. Eine Möglichkeit ist, alte Subventionen im Gegenzug abzubauen, die vielleicht sogar transformationshemmend wirken. Die Agrardieselsubvention ist dafür ein prominentes Beispiel. Dieser Fall zeigt aber zugleich die Schwierigkeiten: Alle Gruppen

Es geht weniger um Umschulungen und mehr um gezielte Qualifizierung.

werden sich vehement für ihre Interessen einsetzen. Viele werden auch durchaus gute Gründe dafür haben, denn die Energie- und Materialpreise haben zu breiten Belastungen geführt. Bei dauerhafter Empörung würde das Land aber praktisch unregierbar. Deshalb sollte der Tausch alter Subventionen gegen neue Förderungen eins zu eins in jedem Bereich umgesetzt werden. Kein Bereich würde also unterm Strich schlechter gestellt, aber alle alten Programme würden durchgekämmt. In der Summe könnte durch einen Subventionstausch neue Transformationsförderung in erheblichem Umfang ermöglicht werden.

Der große wirtschaftspolitische Richtungsstreit geht darum, ob die Transformation stärker durch staatliche Aktivität und Förderung voranzubringen ist oder stärker über Marktmechanismen wie den CO₂-Preis. Ökonomisch schließen sich diese Optio-

nieren darüber, welches Obst und Gemüse gerade geerntet wird. Sparen lässt sich auch mit Lagerware: Damit ist in diesem Fall deutsches Obst und Gemüse gemeint, das über eine längere Zeit eingelagert werden kann, zum Beispiel Karotten. Auch wer auf eine eigene Lagerung setzt, schont den Geldbeutel: Obst und Gemüse eignen sich oft dafür. Gemüse lässt sich auch noch einkochen, sauerlegen oder einfach in der Tiefkühltruhe einfrieren. Wer auf krummes Gemüse und Obst zurückgreift, kann ebenfalls viel Geld sparen. Was ebenso großes Potential bietet: Zum Beispiel in Facebook- und Whatsapp-Gruppen ist es möglich, überschüssige Nahrungsmittel anzubieten oder danach zu fragen. Die Spartipps zeigen: Verbraucher sind der Inflation keineswegs ausgeliefert. (Kommentar Seite 22.)

Außergewöhnliche Chancen implizieren auch außergewöhnliche Risiken, etablierte Stärken zu verlieren, wenn man die Chancen nicht ergreift. Die Zukunft der deutschen Wirtschaft hängt also wesentlich davon ab, wie entschieden man die Transformationspolitik betreibt. Und das wird am Arbeitsmarkt auch den Unterschied ausmachen zwischen einer Entlassungswelle und einer Fortschrittswelle mit Perspektive. Genau dafür muss neben der Wirtschafts- auch die Arbeitsmarktpolitik aufgestellt werden. Wenn Jobs zu Ende gehen, wie in der Produktion von Verbrennungsmotoren, müssen wir in der Lage sein, Beschäftigte in verwandte aufstrebende Bereiche weiterzuentwickeln. Die Mittel dafür sind nicht in erster Linie Umschulungen, sondern gezielte Qualifizierung und Vermittlung in Tätigkeiten, in denen Kompetenzen und Arbeitserfahrung weiter genutzt werden können. Denn Deutschland verfügt über das, was einen kritischen Faktor für die Energiewende ausmacht: Arbeitskräfte mit sehr guten technischen Fähigkeiten.

Enzo Weber ist Leiter des Bereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und Professor für empirische Wirtschaftsforschung in Regensburg.